

Keine weitere Entrechtung junger Menschen! Schutz gewähren und Rechte sichern für alle Kinder und Jugendlichen jeder Herkunft!

Ausgangslage/Anlass:

Die Situation in Baden-Württemberg ist seit Herbst 2022 mit zunehmender Einreise junger Geflüchteter und zunehmendem Personalmangel hochdynamisch. Sie erforderte bereits vielfach Notlösungen. Hierbei wurden sowohl die öffentliche als auch die freie Jugendhilfe kreativ, um in guter Kooperation und Verantwortungsgemeinschaft den ankommenden jungen Menschen möglichst gerecht zu werden. Die hierbei bewusst befristet gesetzten anderen Rahmenbedingungen für die Unterbringung und Versorgung der unbegleitet einreisenden jungen Menschen wurden zwingend notwendig, wenngleich diese „Standardabsenkungen“ als an der Grenze des fachlich Vertretbaren zu bezeichnen sind. Im Januar 2023 mussten Sozialministerium und Landesjugendamt Baden-Württemberg erneut aufgrund der in der Praxis weiter unter Druck geratenen öffentlichen und freien Jugendhilfe reagieren, in dem sie zum Rahmen von bereits entstandenen Notfallunterbringungen außerhalb der Jugendhilfe informierten. Da sich auch nach einem Jahr keine Entspannung der Situation abzeichnete, veröffentlichte das BMFSFJ im Januar 2024 eine Piktogramm zur „Sicherstellung des Kinderschutzes bei der Unterbringung, Betreuung und Versorgung unbegleiteter ausländischer Kinder und Jugendlicher in Krisenzeiten“.

Die AGE Freiburg nimmt seit geraumer Zeit wahr, dass noch einmal darüber hinaus gehende Forderungen nach einer Unterbringung männlicher geflüchteter junger Menschen ab 16 Jahren in Gemeinschaftsunterkünften mit erwachsenen Geflüchteten häufiger und lauter werden. Hintergrund dieser Forderungen ist die vermeintliche Hoffnung, damit das stark unter Druck geratene Jugendhilfesystem zu entlasten.

Fakt ist, dass seit Oktober 2022 bis November 2023 in Trägerschaft der Verbände der Liga Baden-Württemberg und des Verbands Privater Kinder-, Jugend- und Sozialhilfe Baden-Württemberg e. V. (VPK) trotz eklatanter Personalnot nahezu 1.100 Plätze in der Mehrheit im geltenden Rahmen der Jugendhilfe oder auch im Rahmen des KVJS Eckpunktepapiers aufgebaut wurden. Weitere Plätze waren und sind in Planung. Trotz dieser Anstrengungen ist bekannt, dass diese Plätze nicht ausreichen, da in dieser Zeit deutlich mehr junge minderjährige Geflüchtete in Baden-Württemberg eingereist waren. Dies bedeutet, dass sich viele der betreuten UMA aktuell nicht in einer dauerhaft wünschenswerten Betreuungssituation befinden, die allen jungen Menschen im Rahmen des SGB VIII zusteht.

Aus diesem Grund mahnt die AGE Freiburg in Anerkennung der herausfordernden krisenhaften Situation sowohl die Schutzbedürftigkeit als auch die Rechte minderjähriger junger Menschen an und appelliert:

Anstrengungen aller intensivieren! Jungen Menschen schnellstmöglich sichere Orte und Perspektiven bieten!

Das Schaffen von Notfallunterbringungen für UMA war auch aus Sicht der AGE Freiburg aufgrund der angespannten personellen Situation in öffentlicher und freier Jugendhilfe unumgänglich, um alle eingereisten jungen Menschen versorgen zu können. Der Ausbau der Plätze im Rahmen der Jugendhilfe geschieht aus genanntem Grund langsamer als erforderlich. Wenn aktuell viele der jungen Menschen außerhalb der Jugendhilfestandards untergebracht sind, ist dies alarmierend. Als größte Herausforderungen für einen weiteren

Ausbau der Plätze sind sowohl die prekäre Personalsituation als auch die fehlenden, wohngruppentauglichen Immobilien bzw. den fehlenden Wohnraum zu nennen. UMA benötigen jedoch, wie alle jungen Menschen, nach ihrer Ankunft schnell einen sicheren Ort sowie Entwicklungsmöglichkeiten. Sie sind entgegen anderslautenden Äußerungen bzgl. „fehlender Mitwirkung“ mehrheitlich hoch motiviert und wünschen sich eine Perspektive. Das bedeutet, dass aktuell die Chance der Fachkräftegewinnung durch Bildung und Ausbildung dieser jungen Menschen zu nutzen ist. Wenn wir die Entwicklungschancen der jungen Menschen jetzt verpassen, werden unerwünschte Phänomene „junger Menschen unter dem Radar“ gefördert, die die Gesellschaft aufgrund mangelnder Integration mittelfristig mehr Geld kosten. Die Anstrengung aller, d. h. Politik, öffentliche und freie Jugendhilfe sowie Gesellschaft ist daher dringend notwendig, um die jungen Geflüchteten schnell aus den Notunterkünften raus und in eine individuell fördernde, bedarfsgerechte Jugendhilfe zu bringen!

Jetzt krisenfeste Vorhaltestrukturen statt Verschiebebahnhöfe schaffen!

Die Herausforderungen sind allen Beteiligten bewusst. Die Rufe nach einem Herausnehmen einer bestimmten Gruppierung aus der Jugendhilfe sind hierbei keineswegs zielführend, zumal auch die Gemeinschaftsunterkünfte für erwachsene Geflüchtete an ihren Kapazitätsgrenzen sind. Die größten Herausforderungen bleiben auf allen Ebenen das Finden von Personal und geeigneten Immobilien insbesondere mit langfristiger Perspektive. Hier gilt es, gemeinsam als Verantwortungsgemeinschaft die Anstrengungen zu intensivieren, um neben einer verlässlichen Finanzierung auch krisenfeste Grundstrukturen im Sinne von Vorhaltestrukturen mitzudenken und zu planen. Perspektivisch müssen die Akteur*innen vor Ort in der Lage sein, mittel- und langfristig Lösungen anbieten zu können und dürfen nicht erneut mit den zu bewältigenden Aufgaben alleine gelassen werden.

Rechte aller jungen Menschen jeder Herkunft nicht weiter aushöhlen und perspektivisch wieder herstellen!

Die Forderung, eine bestimmte Bevölkerungsgruppe, beliebig gewählt männliche UMA ab 16 Jahre, aus der Jugendhilfe herauszunehmen, in der Unterstellung, dass diese keinen individuellen Hilfebedarf und kein Schutzbedürfnis hätten, stellt eine Diskriminierung dar und widerspricht sowohl den UN Kinderrechten, insbesondere Art. 22 UN KRK, als auch verfassungsrechtlichen Vorgaben (Art. 3 Abs. 3 GG). Wir stellen erneut klar: Alle jungen Menschen haben in Deutschland dieselben Rechte! Bereits mit den gesonderten Rahmenbedingungen und den Notunterkünften für UMA erfahren aktuell viele junge Menschen nicht die Förderung, die sie benötigen. Ein Herausnehmen aus der Jugendhilfe würde einen unverantwortlichen Rechtsbruch darstellen, der rassistische und populistische Narrative bedient und die bereits bestehende Zwei-Klassen-Behandlung verstetigt und verschärft. Die fehlende Investition in Betreuung, Begleitung und (Aus)Bildung der jungen Menschen hätte außerdem weitreichende und kostspielige Folgen für die Gesellschaft. Deshalb muss Ziel sein, gleiche Rechte für alle Kinder und Jugendlichen jeder Herkunft wieder herzustellen.

Februar 2024



Caritasverband
für die Erzdiözese
Freiburg e.V.



Zwischenruf der katholischen Arbeitsgemeinschaft der Erziehungshilfen (AGE) im Caritasverband für die Erzdiözese Freiburg e. V.

Fachforum III – (teil)stationäre Erziehungshilfen

Quellen:

- „Unterbringungsformen für minderjährige Geflüchtete und unbegleitete minderjährige Ausländer unter besonderer Berücksichtigung junger Menschen aus der Ukraine – Eckpunkte für öffentliche und freie Träger“ des Ministeriums für Soziales, Gesundheit und Integration Baden-Württemberg und Kommunalverband für Jugend und Soziales Baden-Württemberg [Aspekte \(kvis.de\)](#)
- Anerkennung von Notfallunterbringungen zur Vermeidung von Obdachlosigkeit von unbegleiteten minderjährigen Ausländern (UMA) und deren Kostenerstattungsfähigkeit – Stand 03.01.2023 [Anerkennung von Notfallunterbringungen \(kvis.de\)](#)
- Sicherstellung des Kinderschutzes bei der Unterbringung, Betreuung und Versorgung unbegleiteter ausländischer Kinder und Jugendlicher in Krisenzeiten – Punktuation des BMFSFJ - [240119-fin-punktuation-uma.pdf \(b-umf.de\)](#)

Die Arbeitsgemeinschaft katholischer Einrichtungen und Dienste der Erziehungshilfen der Erzdiözese Freiburg (AGE) ist der Zusammenschluss der caritativen Einrichtungen und Dienste der Erziehungshilfen in der Erzdiözese Freiburg. In ihr sind als Netzwerk der Erziehungshilfen 15 ambulanten Dienste, 14 Psychologische Beratungsstellen / Erziehungsberatungsstellen und 23 Einrichtungen der (teil)stationären Erziehungshilfen zusammengeschlossen.

Die AGE-Freiburg steht für Fachlichkeit und Innovation. Wir vertreten ein differenziertes, aufeinander abgestimmtes Netz von Erziehungshilfen

Geschäftsstelle:

Arbeitsgemeinschaft kath. Einrichtungen und Dienste der Erziehungshilfen
in der Erzdiözese Freiburg (AGE)

Alois-Eckert-Str. 6
79111 Freiburg

Geschäftsführung: Stefanie Krauter

Weitere Informationen unter www.age-freiburg.de